

Zum Bericht der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität

Viele Fragen und wenige Lösungen

Die Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität hat ihren Endbericht vorgelegt. Nach einer ersten vorläufigen Einschätzung der Ergebnisse der Enquete werden wesentliche Forschungsfragen für eine „Green Economy“ herausgearbeitet.

Von Hans Haake, Thomas Korbun und Ulrich Petschow

Die Arbeit der Enquete-Kommission war geprägt von einer Aufgabenstellung, die nicht zufriedenstellend zu bearbeiten war. Die (1) sehr große Spannbreite und Komplexität der behandelten Themen und gleichzeitig (2) die Vorstellung, sie gleich einem gordischen Knoten mit einem großen Schlag lösen zu können, ebenso wie (3) der Anspruch, grundlegende Fragen der Wirtschaftsordnung im Konsens teils diametral gegeneinander stehender Fraktionen zu beantworten, kamen zu einer veritablen Herausforderung zusammen.

Die Erwartung, mit einer derartigen Enquete die national wie international zutiefst verankerten Entwicklungs- beziehungsweise Wachstumsvorstellungen zu überwinden und zugleich erste Schritte in Richtung einer anderen Ökonomie zu beschließen, war zu hoch, unter anderem auch deshalb, weil die ökonomische Krise sich vorerst nicht radikal zugespitzt hat. Es kann also in der Bewertung der Arbeit der Kommission nicht um den „großen Wurf“ gehen, sondern um die Ausschöpfung von Gestaltungspotenzialen innerhalb der genannten Grenzen.

Aufgaben und Ergebnisse der Enquete-Kommission

Eine differenzierte Bewertung der Ergebnisse der Enquete würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Der Bericht ist mit Blick auf Qualität und Darstellungsweise heterogen und manchmal in sich widersprüchlich. Manche Mitglieder der Enquete bezeichnen ihn als nützlichen „Steinbruch“. In einigen Bereichen hat die Enquete, zumindest für den politischen Raum, neue und relevante Ergebnisse erarbeitet. Diese reichen von der klaren Darstellung der schon heute überschrittenen Umweltgrenzen, der von allen Fraktionen getragenen Absage an Wachstum als Politikziel und das Bruttoinlandsprodukt als singulären Indikator bis hin zur differenzierten Dar-

stellung der Herausforderungen von nachhaltigen Lebensstilen und Konsum.

Besonders die prominente Thematisierung des Rebound-Effekts und damit die Klarstellung, dass Effizienzsteigerung alleine keineswegs ein Beitrag zur Nachhaltigkeit sein muss, könnte großen Einfluss auf die politische Debatte haben. Gleichzeitig blieb die Enquete bei der grundsätzlichen Analyse und Kritik von Wachstumszwängen hinter dem Möglichen zurück und war bis auf wenige Ausnahmen wie Finanzmärkte und erste Überlegungen zu einer Vorreiterrolle nicht in der Lage, fraktionsübergreifend Handlungsempfehlungen zu entwickeln, die der zuvor richtigerweise als dramatisch beschriebenen Lage gerecht werden würden.

Blinde Flecken und Forschungsfragen

Bei Anhörungen und Diskussionen der Enquete ist deutlich erkennbar geworden, dass alternative wirtschaftspolitische Konzepte wie die einer Postwachstumsgesellschaft kaum beforscht werden. So stieß die Kommission immer wieder auf Wissenslücken und offene Forschungsfragen. Als eine zentrale Schlussfolgerung bleibt daher festzuhalten, dass Forschungsprogramme angestoßen und Institutionen wie Lehrstühle und Institute etabliert werden sollten, die interdisziplinär und neben dem Mainstream der Wirtschaftswissenschaften nach Alternativen für die gesellschaftliche Entwicklung suchen. Der Abschlussbericht benennt an zahlreichen Stellen Forschungslücken, in den Spannungsfeldern Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, die als Anregung für Forschungsförderer und die Forschung gerade auch mit Blick auf die Bereiche Postwachstumsgesellschaft, Green Economy und Transformation dienen können.

Als zentrales Konzept ihrer Analyse macht sich die Enquete die „planetarischen Grenzen“ a la Rockström et al. (2011) zu eigen (S. 363), wobei sie darauf verweist, dass die Ansätze weiterentwickelt werden müssen. Dabei hebt sie vielfältige Wissensdefizite hervor mit Blick auf die „Funktionsmechanismen unterschiedlicher Ökosysteme“ (S. 416), auf Zusammenhänge mit Produktions- und Konsummustern und deren „politischer und kultureller Einbettung“ (S. 416). Es bedarf sowohl eines besseren Verständnisses komplexer sozial-ökologischer Systeme als auch weiteren Wissens und verfeinerter Methoden zur ethischen aber auch zur ökonomischen Bewertung von komplexen Umweltgütern (S. 416). Damit wird der Blick auf die Bewertung von Ökosystemdienstleistungen gelenkt, die zwar gegenwärtig viel diskutiert werden, konkrete Bewertungsstudien, die Weiterentwicklung der Methoden und vor allem die Einbettung in

Entscheidungsprozesse und -verfahren bleiben weiterhin unterbelichtet.

Die Herausforderungen eines umfassenderen gesellschaftlichen Wandels zu mehr Nachhaltigkeit stellen für die Enquete über die Projektgruppen hinweg eine zentrale Fragestellung dar. Es zeigt sich, dass Verständnis von intendierten gesellschaftlichen Wandelprozessen bislang eher wenig entwickelt ist. Dies gilt insbesondere dann, wenn es um die Veränderungen von grundlegenden Werten und Normen der Individuen und Gesellschaften (informelle Institutionen) und den rechtlichen und institutionellen Regelungsmechanismen der Gesellschaften (formelle Institutionen) geht. So werden grundsätzliche Fragestellungen zu den Voraussetzungen einer Transformation der gesellschaftlichen Organisation skizziert (S. 454). Mithin werden Fragen aufgeworfen, wie nachhaltiges Verhalten befördert werden kann, wie Konsum nachhaltig ausgerichtet werden kann und welche Möglichkeiten beziehungsweise auch welche Rolle soziale Innovationen und auch Suffizienzstrategien einnehmen könnten. Ebenso werden die Fragen der Verteilung und der Verteilungseffekte von weitreichenden Transformationsprozessen gestellt, die im gegenwärtigen Nachhaltigkeits- und Transformationsdiskurs bei Weitem unterbelichtet sind, insbesondere was die komplexen Zusammenhänge von ökologischen und sozialen Belangen angeht (Kapitel 4).

Des Weiteren weist die Kommission darauf hin, dass Forschungsbedarf gerade auch in Hinsicht auf die Frage besteht, über welche Anpassungsgeschwindigkeiten Gesellschaften verfügen (S. 433 f.). Dies betrifft dabei nicht nur die Frage nach der Adaption von Technologien und veränderten Verhaltensweisen als vielmehr auch der Verknappung von Ressourcen. In einem Sondervotum (S. 516 ff.) werden vor allem die Forderung nach einer intensivierten Transformationsforschung aufgestellt und zudem Forderungen von internationalen Forschungsorganisationen übernommen.

Die Kommission hat, wie oben erwähnt, den Rebound-Effekt und damit eine Absage an reine Effizienzpolitik prominent platziert (S. 543 f.). Damit wird mit der vielfach vertretenen Auffassung gebrochen, dass Effizienzpolitiken ausreichen und Effizienzpolitik mit Nachhaltigkeitspolitik gleichgesetzt wird. Als Politikmaßnahmen, die Rebound-Effekte vermeiden können, werden primär harte Grenzen der Umweltnutzung vorgeschlagen (S. 615). Wie allerdings schon im Bericht anklingt (S. 30, 514 f., 620), ist dieses besonders von Ökonomen favorisierte Instrument politisch oft nicht durchsetzbar, insbesondere auf globaler Ebene. Es bleibt also offen, welche realistischen Politikoptionen kurz- und mittelfristig zur Verfügung stehen. Der Bericht verweist zusätzlich darauf, dass second-best Lösungen entwickelt werden müssen, wenn zum Beispiel die Deckelung der jeweiligen Umweltbelastung sich als nicht durchsetzbar erweist. Ebenso ist nicht abschließend geklärt, ob Wachstumsverzicht eine Reaktion auf den Rebound-Effekt sein kann, zumindest solange er nicht global stattfindet.

Im Einsetzungsbeschluss wird die Enquete-Kommission beauftragt: „die Frage [zu] untersuchen, ob und ggf. wie das

deutsche Wirtschafts- und Sozialstaatsmodell die [...] Herausforderungen auch mit geringeren Wachstumsraten bewältigen kann“. Die Beantwortung dieser Frage, eine vertiefte Befassung mit der Möglichkeit niedrigen oder nicht vorhandenen BIP-Wachstums, fand nicht statt. In einem Sondervotum (S. 123 ff.) sind immerhin Ansätze zu finden, aber auch hier werden die „Sozialversicherungen unter den Bedingungen niedriger Wachstumsraten“ (S. 181) nur kurz abgehandelt. Immerhin wird dort mit höherer Besteuerung eine denkbare Möglichkeit genannt, die Handlungsfähigkeit des Staates auch bei geringem Wachstum zu sichern. Diese Lücke im Bericht der Enquete-Kommission ist sicherlich in Teilen einem Unwillen geschuldet, sich mit der Möglichkeit niedrigen Wachstums auseinander zu setzen. Sie spiegelt aber auch die Ratlosigkeit der wachstumskritischen Ansätze wider. Zur Gestaltung einer Gesellschaft, die auch ohne Wachstum funktioniert, fehlen immer noch umfassende Konzepte. Zwar werden vielversprechende Ansätze auf den lokalen Ebenen, von Stadtgärten über Tauschbörsen bis hin zu Transition Towns, vorgebracht. Eine Übertragung dieser Ansätze auf große Teile der Gesellschaft liegt allerdings noch in weiter Ferne. Hier besteht also ein erheblicher Forschungsbedarf, von der Transition-Forschung über die Diffusion sozialer Innovationen bis hin zur makroökonomischen Modellierung wachstumsunabhängiger Volkswirtschaften.

Fazit

Die hier genannten Fragen sind nur einige wenige der zentralen offenen Fragen. Die Herausforderungen eines weitgehenden gesellschaftlichen Wandels im Sinne der Nachhaltigkeit werfen noch umfangreiche Forschungsfragen auf. Der Bericht der Enquete zeigt sowohl offene Fragen der Forschung, als auch Bereiche, in denen Forschungsergebnisse erst langsam im politischen Raum „ankommen“. Gleichzeitig werden im Bericht einige Handlungsoptionen aufgezeigt die reif für die politische Umsetzung sind.

AUTOREN + KONTAKT

Hans Haake war wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sekretariat der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.

Er ist IÖW-Fellow und arbeitet unter anderem an Fragen der alternativen Messung von Wohlstand mit Ansätzen wie dem Genuine Progress Indicator.

Hans Haake, University of Oldenburg und University of Maryland, College Park, USA.
E-Mail: hans.haake@googlemail.com

Thomas Korburn ist Wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und Mitglied des Vorstands der VÖW.

Ulrich Petschow ist Leiter des Forschungsfeldes Umweltökonomie und Umweltpolitik am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

IÖW, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin.
Tel.: +49-30-884594-0, E-Mail: thomas.korburn@ioew.de,
ulrich.petschow@ioew.de, Website: www.ioew.de



Copyright © 2013, IÖW und oekom Verlag. Die Nutzung des Artikels ist Abonnenten von Ökologisches Wirtschaften vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung des Artikels einschließlich Speicherung und Nutzung auf optischen und elektronischen Datenträgern nur mit Zustimmung der Redaktion von Ökologisches Wirtschaften (<http://www.oekologisches-wirtschaften.de>).